

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelhefte 1,40 RM. Inlandpostfrei. Einzelnummern 10 Pf. Alle Hochzeiten und Geburtstage werden nach Möglichkeit durch den Redaktionsrat berücksichtigt. Angewandte Kunst wird durch den Redaktionsrat gefördert. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wilsdruff, Dresden  
Postfach: Dresden 2641  
Mittwoch, den 23. August 1933

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 196 — 92. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff, Dresden      Postfach: Dresden 2641      Mittwoch, den 23. August 1933

## Abrüstung und Wirtschaftsbelebung.

Am 12. Juni dieses Jahres traten in London die Delegierten von 66 Staaten zur Weltwirtschaftskonferenz zusammen. Auf die Arbeit dieser 66 Delegationen schauten in banger verzweifelter Sorge tagaus, tagein 60 Millionen Menschen, denn so groß ist im Laufe der Jahre die „Nation der Arbeitslosen“ geworden, d. h. die Zahl der Erwerbslosen aller Industrieländer beläuft sich, wenn wir die Angehörigen mitrechnen, auf nahezu 60 Millionen.

Die Hoffnungen und Wünsche dieser 60 Millionen sind abermals enttäuscht worden. Die Grundursache der wirtschaftlichen Entkräftung der Welt liegt klar und eindeutig in der politischen Ungerechtigkeit beschlossen, die den Namen des Diktats von Versailles trägt. Erst einmal muß der Kranke, muß Europa aus der modrigen Stille des erzwungenen Diktats von Versailles herausgeführt werden. Dann mögen die wirtschaftlichen Fachspezialisten das Ihre tun, vorher aber ist ihre Arbeit sinnlos.

Noch ein Beispiel dafür, daß die Politik für den Gang der Wirtschaft entscheidend ist: Trotz des Scheiterns der Londoner Konferenz hat die geniale Staatskunst unseres Führers Adolf Hitler es vermocht, im begrenzten Rahmen der nationalen Wirtschaft im Laufe von sechs Monaten die Arbeitslosigkeit um gut 25 Prozent herabzubringen. Wenn die Politik der Weltmächte genau so zielfähig, so sachkundig und so konsequent sein würde, wie es die deutsche Innenpolitik jetzt wieder ist, dann wäre auch eine entsprechende Beseitigung der Weltarbeitslosigkeit zu legen.

Wenn wir von den wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Diktats von Versailles sprechen, so denken wir dabei meist an die wirtschaftswidrige Forderung der Landesgrenzen, an die Verfestigung des deutschen Ostens, an die Zerstückelung des osteuropäischen Wirtschaftsgebietes, an die Entkolonialisierung der deutschen Kolonien, an die Errichtung der deutschen Erbempfehlung. Das alles ist bedeutsam und wichtig, aber es ist nicht alles: Das wirtschaftliche Elend der Welt wäre, wie Geheimrat Schäfer in einem Vortrag darlegte, unerträglich, trotz allem Aufgefuhrten, wenn nicht noch die deutsche Wehrlosigkeit inmitten eines waffenstarken Europas hinzuläme.

Es ist wahrlich der Gipfelpunkt gewissenloser Heuchelei, wenn man im Ausland den traurigen Mut aufbringt, die neueste innere Entwicklung in Deutschland als Vorwand für den Nichtabrüstungswillen der anderen zu mißdeuten. Wir geben in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung rund 10,50 Mark je Jahr für Wehrzwecke aus; in Frankreich werden 76,5 Goldmark ausgegeben, in Großbritannien 34 Mark, in Polen etwa 17 Mark, in der Tschechoslowakei rund 15 Mark. Um aber die politischen und ökonomischen Ziffern richtig zu verstehen, muß folgendes ergänzt werden: In der Tschechoslowakei veranschlagt die Wehrausgaben rund 20 Prozent des Gesamthaushaltes, in Polen gar 40 Prozent. Wir in Deutschland wenden knapp 8 Prozent unseres Haushaltes für Wehrmaßnahmen auf. Frankreich verfügt außerdem über eine Reserve (also über die Ausrüstung des aktiven Heeres hinaus) von 16 000 Leicht- und 17 000 schweren Maschinengewehren, 800 Minenwerfern, 1500 Leicht- und 1000 schweren Geschützen, 1700 Kampfwagen und 3000 Flugmaschinen.

Der Versailler Vertrag untersagt im Artikel 171 die Herstellung oder Einfuhr von erstickenden, giftigen und anderen Gasen. Frankreich allein aber verfügt über sechs Gasarten und 24 Privatwerke, die man zusammenfassend als Gaskampfindustrie bezeichnen kann. Der Artikel 178 des Versailler Vertrages verbietet alle organisierten Vorbereitungen für eine Wobilmachung. In Frankreich besteht aber seit 1924 ein besonderes Gesetz über „Allgemeine Organisation des Volkes für den Krieg“.

Der englische Ministerpräsident Macdonald hat gesagt: Daß es gälte, das Vertrauen wiederherzustellen, wenn die Schloie wieder rauchen sollten. Wer soll denn in diesen Dingen eigentlich Vertrauen haben? Deutschland?

Die Praxis lehrt uns, daß auch die anderen kein Vertrauen haben, sie können es nicht haben, denn das böse Gewissen, das aus der Verewigung des europäischen Unrechts wächst, läßt ihnen keine Ruhe. Da folgt dann Nichtangriffspakt auf Nichtangriffspakt, Konferenz auf Konferenz, Ministerbesuch auf Ministerbesuch. Und das Resultat: Große Worte im Vordergrund, und die lähmende Angst im Hintergrund.

Was ist denn ferner die internationale Kapitalstiftung anderes als die Antwort der Wirtschaft auf das Mißregiment von Versailles? Der völlig ungesunde Zustand, daß die Banken der kleinen neutralen Länder sich mit Händen und Füßen gegen Wehreinlagen sträuben, daß aber Deutschland dreifach überhöhte Zinsen zahlen muß und mußte: Ist denn das etwas anderes als die rein rechnerische Auswirkung der deutschen Entmachtung? Ist es nicht eine politische Stille, wenn inmitten fieberhafter Rüstungen dem deutschen Volke eine völlige Wehrlosigkeit durch Diktat aufzuerzwingen

## Der neue sächsische Staatshaushaltplan

### Die große Etatrede des Finanzministers. Gigantische Arbeitsbeschaffungspläne der sächsischen Regierung.

Sächsischer Landtag, Dresden, 22. August 1933.

Im Mittelpunkt der Sitzung des Sächsischen Landtages stand die Etatrede des Finanzministers. Nachdem der Rechnungsbericht 1931/32 in sofortiger Schlußberatung angenommen worden war, begann

Finanzminister Kampfs seine Ausführungen. Er wies einleitend darauf hin, daß zum ersten Male dem Landtag ein Staatshaushaltplan — der bereits durch Akt der Regierung Gesetz geworden ist — lediglich zur Kenntnisnahme vorgelegt werde. Damit habe sich ein unruhiger parlamentarischer Kampf erledigt, der früher oft monatelang andauerte und vielfach infolge nutzloser Arbeit bedeutete, als nicht selten Beschlüsse gefaßt wurden, die sich trotz dem besten Willen der Regierung wegen der Finanzlage des Staates nicht durchführen ließen. Jetzt hat die sächsische Regierung von der ihr mit Gesetz vom 27. Mai 1933 gegebenen Ermächtigung Gebrauch gemacht und den in monatelanger gründlicher Arbeit ausgearbeiteten Haushaltplan zum Gesetz erhoben. Die Regierung habe es aber für erforderlich gehalten, dem Landtag und damit dem gesamten sächsischen Volke die Grundlagen des Etats zu erläutern und bei dieser Gelegenheit einen Ueberblick über den Stand der Finanzen des sächsischen Staates zu geben. Als die jetzige Regierung ihr Amt antrat, fand sie einen Entwurf des Etats vor, der in den Hauptzügen fertiggestellt war, aber noch ein Defizit von mehreren Millionen RM. enthielt, für das der Ausgleich erst noch gefunden werden mußte. Es galt also, die unumgänglichen notwendigen Veränderungen in den Etat einzuarbeiten. Nach diesen Vorbereitungen kam der Minister zu dem vorliegenden Staatshaushaltplan. Ich werde, so betonte er, mit allem Nachdruck, Ihnen

die Lage in aller Offenheit schildern. Ich lege den größten Wert darauf, daß der Landtag und das gesamte sächsische Volk ein klares, unverfälschtes Bild von der Lage der Staatsfinanzen erhalte.

Die Finanzlage des Staates ist ernst, aber die Regierung wird in stiller, zielbewusster Arbeit alles tun, um die steuerlichen Lasten auf dem niedrigsten Stand zu halten und so weit wie möglich zu senken, insbesondere aber die Lage des Volkes dadurch zu bessern, daß sie mit allen Mitteln den Arbeitslosen Arbeit verschafft. Die angespannte Finanzlage des Staates erlaubt es nicht, überzogene Hoffnungen zu erfüllen, die sich mancher im Volke vielleicht gemacht hat.

Der gegenüber den Vorjahren sehr stark eingeschränkte ordentliche Haushalt stellt ein Bild der gegenwärtigen Not dar, während der außerordentliche Haushalt, der mit seinen Ausgaben in den Dienst einer großzügigen Arbeitsbeschaffung gestellt worden ist, dazu beitragen soll, unser Volk in eine bessere Zukunft zu führen. Der notwendige Ausgleich im ordentlichen Haushalt begegnete den größten Schwierigkeiten, da schon allein die Steuern gegenüber dem Etat 1932 nur mit einem um rund 13,7 Millionen RM. geringeren Betrage eingelegt werden konnten, sich auch die Einnahmen aus den staatlichen Betrieben, einschließlich der Domänenverwaltung und der Landeslotterie, sowie aus der allgemeinen Rentenverwaltung um einen Betrag von rund 2 Millionen RM. verminderten. Demgegenüber steht eine Erhöhung von Ueberschüssen

bei der Forstverwaltung, dem Elberbad und der Sächsischen Staatsbank in Höhe von nur rund 500 000 RM. Der erforderliche Ausgleich zwang deshalb zu einer weitestgehenden Beschränkung der Ausgaben, was um so schwieriger war, als bereits die früheren Haushaltspläne unter dem Gesichtswinkel größter Sparbarkeit aufgestellt waren. Die Gesamtausgaben im ordentlichen Etat sind mit 326,4 Millionen RM. festgesetzt worden. Das bedeutet gegenüber dem letztjährigen Etat eine Ausgabenverminderung um 19,5 Millionen. Für diesen Ausgabenetat hat sich der volle Ausgleich nur dadurch ermitteln lassen, daß bei Kapitel 11 Titel 3 ein Einnahmeposten von 26 Millionen RM. eingestellt worden ist, der als Jahreszinsen auf die Ausprelleistungsforderung Sachsen für die Abrechnung der sächsischen Staatseisenbahnen an das Reich gefordert und erwartet wird. In den Haushaltplan noch nicht aufgenommen sind eine Reihe unbedingt notwendiger Ausgaben, insbesondere zur innerpolitischen Sicherung des neuen Staates, so die Begründung eines Geheimen Staatspolizeiamtes, die Wiedererrichtung des Landesstrafinstitutes, die Errichtung eines Lustanthes, und Ausgaben im Interesse der Arbeitsbeschaffung, die sich jetzt noch nicht übersehen ließen.

Die eingestellten Einnahmen aus den Reichsüberweilungssteuern in Höhe von insgesamt 20 Millionen hoffte der Minister zu erreichen. Hinsichtlich der Landessteuern wird man annehmen dürfen, daß die eingestellten Beträge im allgemeinen erreicht werden, wenn auch das bisherige Auskommen an Grundsteuer, Stempelsteuer und Aufwertungssteuer nicht ganz den Erwartungen entspricht. Von der voraussichtlichen Besserung der Wirtschaft ist aber auch hier eine günstigere Auswirkung zu erwarten. Zu dem Kapitel Staatsschulden und Jahresrenten zeigte der Minister an, daß am 15. Juli d. J. die Schulden des Staates insgesamt 312,9 Millionen RM. betragen. Für ihre Tilgung sind rund 1,9 Millionen RM. in den Etat eingestellt worden. Die Regierung, so sagte der Minister, kann nicht leugnen, daß das läbliche Steigen der Schuldenlast des Staates und insbesondere die Höhe der schwedenden Schulden Veranlassung ergeben. Doch sind im laufenden Kalenderjahr in nicht unerheblichem Umfang kurzfristige Schulden in mittelfristige umgewandelt worden und dadurch wurde eine gewisse Konsolidierung der Verhältnisse erreicht. Und schließlich darf nicht vergessen werden, daß den Staatsschulden ein sehr beachtliches Aktivvermögen gegenübersteht, das bei einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland auch wieder steigen wird.

In dem außerordentlichen Staatshaushalt übergehend, legte der Minister ausführlich die Absichten dar, die die Regierung hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung durch staatliche Bauaufträge hat. Er gab einen Ueberblick von dem, was in Sachsen in dieser Hinsicht bereits geleistet worden ist, was in aller Kürze in Angriff genommen werden soll und was darüber hinaus noch geplant wird. Durch die Bauverwaltungen des Staates sind vor allem Arbeiten zunächst an dem gesamten Staatsstraßennetz und an den Hauptlinien des Landes eingeleitet worden.

Der Ausbau der Staatsstraßen wird durch Herstellung von rund 130 Kilometer neuer Decklagen in Kleinpflaster und nach verschiedenen Teer- und Asphaltbauweisen gefördert, neben zahlreichen Krümmungsberichtigungen sollen noch 20 längere Straßenseiten verbreitert oder verlegt werden; an etwa 90 Stellen werden Straßeneinbauten und Straßenumbauten ausgeführt, dazu kommen einige größere Brückenbauten. Dieser Straßen- und Wegbau verlangt zusätzlich einen Betrag von rund 22 Millionen RM. womit rund 250 000 Tagewerte geleistet, d. h. 5000 Arbeiter 190 Tage ab-

wird? Glaubt man denn, daß die Kaufleute der Welt diesen Zustand nicht sehen? Sie weigern sich daher, entweder Geld nach Deutschland zu legen, oder aber sie verlangen einen besonderen Risikozins.

Glaubt man, daß Deutschland weiter als Risikogebiet gelten würde, wenn es in völliger Gleichberechtigung mit den anderen großen Kulturnationen wirtschaftliche Wehrfreiheit besäße? Das glaubt man doch wohl kaum, denn wenn Deutschland wirklich gleichberechtigt wäre, dann würde das Gespenst der Unruhe in Europa gebannt sein. Dann würden sich die Milliardenbeträge, die heute in den Ländern des Westens aus Furcht vor der allgemeinen Unsicherheit gehortet werden, wieder in den Dienst der allgemeinen Produktion stellen. Es würde wieder auf lange Sicht geplant werden.

Was bedeutet die Sicherheitspsychose Frankreichs denn in der Welt der wirtschaftlichen Tatsachen: Zunächst einmal Düring von Kapitalbeständen. Wenn Frankreich seinen vertraglichen Abrüstungsverpflichtungen nachkommen wollte, wenn man in Genf Ernst machen würde mit der Konkretisierung des ewigen Abrüstungsverprechens, dann brauchte kein Land Gold zu horten, weil politisch kein Hortungsgrund mehr gegeben wäre.

Gewiß, der alte weltwirtschaftliche Arbeitsteilungsprozess ist tot, aber wozu ist er denn gestorben? Er ist gestorben an der restlosen Unterordnung wirtschaftlicher Zweckmäßigkeitsgesichtspunkte unter rüstungspolitische Verteidigungsgesichtspunkte.

Es gibt nur zwei Wege. Entweder man schreitet allgemein zu einer wirksamen Beschränkung der

Rüstungen, wie dies der Versailler Vertrag den allierten Mächten seit fünfzehn Jahren zur Pflicht gemacht hat. Man bezieht dann Deutschland als gleichberechtigten Mitarbeiter in dieses System ein und schafft so eine Atmosphäre wirklichen Friedens. Oder aber... man verbleibt in Genf die Zeichen der Zeit nicht und die Wiederaufrichtung Deutschlands vollzieht sich als unabwendbarer historischer Vorgang allen Widerständen zum Trotz, wie sich auch die Bismarcksche Einigung Deutschlands vollzogen hat. Es muß für diesen Fall einmal etwas klar und deutlich ausgesprochen werden: Wie auch immer die Wiederaufrichtung Deutschlands vor sich gehen wird, die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft können von diesem Vorgang nur gewinnen. Die glückliche Einigung Deutschlands unter Otto von Bismarck hat eine Epoche europäischer Wohlfahrt eingeleitet, wie sie die Geschichte bisher noch nicht gekannt hat. Die Schwächung Deutschlands durch Versailles hat zu einer wirtschaftlichen Katastrophe der Welt geführt, die ebenfalls nicht übergleichen kann.

Wir stellen das nicht fest, weil wir Rüstungen an sich schon finden. Wir stellen nur fest, daß das europäische Schiff nicht fahren kann, wenn der Ballast so ungleichmäßig verteilt ist wie gegenwärtig. Es gibt, wenn jene Nation der Arbeitslosen radikal liquidiert werden soll, nur einen Weg: Herstellung eines echten europäischen Friedens durch volle Gleichberechtigung für Deutschland. Insofern gehört auch die gerechte Lösung der Abrüstungsfrage in den Aufgabenkreis der Arbeitsbeschaffung, der wir alle unter der Führung unseres weitblickenden Volkskanzlers Adolf Hitler unsere ganze Kraft widmen.